

Von Versailles nach Maastricht ohne Krieg

Die Franzosen durften Ende September 1992 über den Maastricht-Vertrag abstimmen. Um ihnen die Zustimmung zu diesem Vertrag schmackhaft zu machen, verfaßte der Chefredakteur Giesbert der bedeutenden Tageszeitung "Le Figaro" am 18.9.1992 den Leitartikel "De Versailles à Maastricht", in dem er die Katze aus dem Sack ließ, indem er schrieb: in den 1920er Jahren (nach dem 1. Weltkrieg und dem Deutschland aufgezwungenen Vertrag von Versailles) sagte man in Frankreich:

"Deutschland bezahlt", Maastricht, das ist der Vertrag von Versailles ohne Krieg.

Die Franzosen haben verstanden und dem Maastricht-Vertrag zugestimmt. Die Deutschen durften nicht abstimmen (wie damals in Versailles) und bezahlen alles, was nach der deutschen Wiedervereinigung der eigentliche Grund für diesen Vertrag war. Die Ausplünderung Deutschlands erfolgt diesmal nicht durch Reparationszahlungen, wie in Versailles 1919 entschieden wurde, oder 1945 durch Enteignungen, Vertreibungen, Patentklau, sondern durch den Euro und die Europäisierung Deutschlands. Außerdem wird Deutschland durch den Vertrag als Provinz in einen europäischen Zentralstaat nach französischem Muster eingebracht.

Nach dem von Regierung, Parlament und Verfassungsgericht gebilligten ESM-Vertrag dürfen wir zahlen bis zum Weißbluten. Folgende Positionen stehen bisher auf der von Deutschland zu bezahlenden Rechnung, die auf Anforderung eines Gouverneurrates in Brüssel beliebig erweitert werden kann: 946 Milliarden €.

Rettungsfonds ESFM (Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus)	12 Milliarden €
Deutscher IWF- Beitrag zu Rettungspaketen.....	15
1.Rettungsfonds für Griechenland	17 "
Einlagensicherungsfonds	53 "
Bisherige Käufe von Staatsanleihen durch die EZB	57 "
Geplanter ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus)	190 "
Bürgschaften für Rettungsfonds EFSF	253 "
Target-Verbindlichkeiten	349 "

IWF = Internationaler Währungsfonds

ESFS = Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (bis 2013, danach ESM)

Weitere Einzelheiten unter www.de.wikipedia.org/Euro-Rettungsschirm

Die möglichen Verbindlichkeiten Deutschlands betragen derzeit also 946 Milliarden €. Wenn andere Eurostaaten zahlungsunfähig werden, weil sie ihre Schulden an die Banken und Hedge-Fonds nicht mehr bezahlen können, muß Deutschland deren Haftungssumme übernehmen. Auf Deutschland kommen also Zahlungsverpflichtungen von weit über 1,5 Billionen € zu. Die kann das Land nie bezahlen, da es gleichzeitig deindustrialisiert wird durch Zerstörung der Energieinfrastruktur.

Seit der Regierung Kohl in den 1990er Jahren weiß die deutsche Politik und wissen die "Qualitätsmedien" also, wohin die Reise geht. Sie haben sogar insgeheim die Feinde Deutschlands bei ihrem Vorhaben unterstützt, Deutschland auszuplündern.

Nach dem Spruch des Verfassungsgerichts vom 12.9.2012 gibt es nur noch eine Möglichkeit, den Schaden für Deutschland zu begrenzen: Ausstieg aus dem Euro-Verbund. Mit den derzeitigen Fraktionsleitungen in den Parlamenten ist dies nicht machbar. Die Abgeordneten müssen gegen die Fraktionsführung stimmen. Der Grundgesetz-Artikel 20(4) gibt ihnen das Recht dazu.

Wenn das in der nächsten Zeit nicht klappt, wird es Unruhen im Lande geben mit dem Motto: Wir sind das Volk. Die bevorstehenden Rentenkürzungen, Zwangshypotheken, Firmenschließungen usw. werden dafür sorgen.

Ein System, das solchen Unsinn verzapft wie das derzeitige politische System in Deutschland, ist nicht überlebensfähig.